

G 20 Gipfel in Toronto: Merkel gegen den Rest der Welt

Sprecherin für Internationale
Wirtschaftspolitik und
Globalisierung.

Bundestagsfraktion DIE LINKE

Juni 2010

Weltwirtschaft am Scheideweg: Konjunktur stützen oder abwürgen?

Deutschland auf der einen, USA und China auf der anderen Seite streiten über den richtigen Weg aus der Krise: Was braucht die globale Wirtschaft derzeit am dringlichsten: Massive Sparprogrammen wie in Griechenland, Deutschland und Großbritannien oder einen starken, weltweiten Konjunkturimpuls durch höhere Löhne und öffentliche Investitionen?

Das Thema wird den G 20 Gipfel in Toronto beherrschen. Nachdem im letzten Jahr durch massive Programme zur Rettung der Banken und zur Stimulierung der Konjunktur ein Ab-

sturz ins Bodenlose verhindert werden konnte, droht jetzt ein zweiter Konjunkturreinbruch, der in eine lang anhaltenden Depression führen kann. Hauptverantwortlich ist die Bundesregierung, die sich einer international abgestimmten Wachstumsstrategie verweigert. Sie setzt auf Sparen und beugt sich damit dem Druck der Spekulanten und Rating-Agenturen, die Europa durch Kreditausfallversicherungen und Zinsaufschläge auf Staatsschulden in die Knie gezwungen haben.

Obama hat diese Gefahr in einem Brief an seine G 20 Kollegen deutlich benannt: Er fordert, die in-

stabile Weltkonjunktur weiter zu stützen und Arbeitsplätze zu schaffen. Der Abbau der Schulden muss mittelfristig erfolgen. Klar benannt wurden in dem Brief auch die Schuldigen: Länder, die sich einseitig auf den Export verlassen und gleichzeitig die private Nachfrage durch Lohn Dumping und Sozialkürzungen abwürgen.

China hat die Lehren aus der Krise gezogen: Es hat bereits massiv in die eigene Infrastruktur investiert und wird nach Massenprotesten auch die Billiglohnstrategie aufbrechen müssen. Chinas Importe sind damit weltweit der einzige Konjunkturmotor. Davon profitiert vor allem

Deutschland, das im ersten Quartal 2010 58 Prozent mehr Güter nach China exportiert hat. Bis zum Ende des Jahres wird allein Deutschland weiter einen riesigen Leistungsbilanzüberschuss erzielen. Ursache dafür sind die sozialen Einschnitte, niedrige Löhne und verkümmerte öffentliche Investitionen.

Die einseitige Ausrichtung auf den Export wird die europäischen Nachbarn weiter an den Rand drücken. Kurz: Deutschland bremst den weltweiten Aufschwung und setzt weiter auf Konkurrenz um Dumpinglöhne, niedrige soziale und ökologische Standards.

Ulla Lötzer

Bundestagsfraktion DIE LINKE

Post::

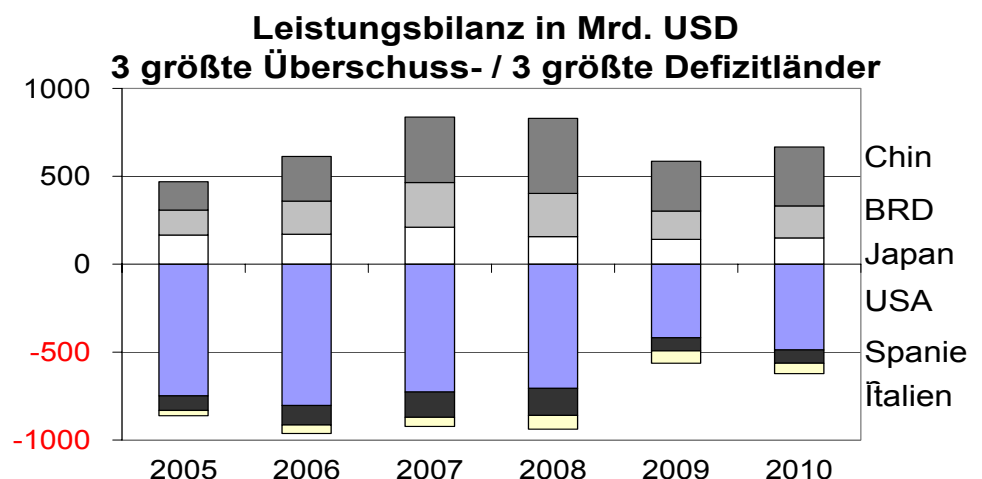
Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Email: ulla.loetzer@bundestag.de

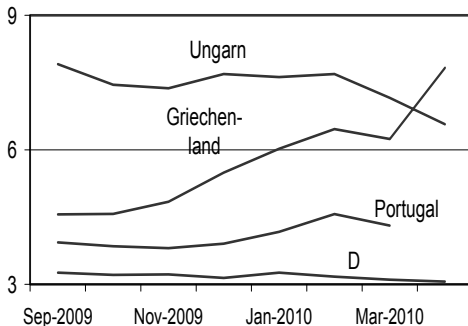
Homepage: www.ulla-loetzer.de



Quelle und Prognose: IWF

Finanzmärkte weltweit regulieren: Fehlanzeige!

Zinsen auf 10jährige Staatsanleihen



Seit dem Londoner G 20-Gipfel 2008 verkünden die Regierungen Zeitpläne und Forderungen zur Regulierung der Finanzmärkte. Passiert ist seitdem auf globaler Ebene nichts. Jetzt schwadronieren Merkel und Sarkozy in ihrem Brief an die G 20 von Bankenabgaben und einer Finanztransaktionssteuer. Auf dem EU-Gipfel letzte Woche hätten sie sich

europaweit durchsetzen können. Ergebnis war aber nur der schwache Beschluss, „die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer zu sondieren und weiter auszugestalten.“

Sogar die bisher unumstrittene Verschärfung der Eigenkapitalregeln für Banken ist mittlerweile auf Druck der Bankenindustrie auf Eis gelegt. Stattdessen feiert die

Spekulation auf Rohstoffe und auf Staatsschuldtitel und Währungen neue Rekorde. Rating-Agenturen diktieren Ländern wie Griechenland und Spanien irrsinnige Sparprogramme auf. Banken, Investoren und Hedgefonds können sich weiter sicher sein: Die Risiken des weltweiten Casinos tragen weiter die Staaten.

Finanztransaktionssteuer jetzt!

Unser Ziel ist es, weltweit Geschäfte mit Credit Default Swaps zu verbieten und Spekulationen auf Währungen, Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beenden.

Die Linke will Spekulanten, Fonds und Banken, die die Welt in die tiefste Krise seit den dreißiger Jahren gestürzt haben zur Kasse bitten statt bei Sozialausgaben und Entwicklungshilfe zu kürzen.

Eine internationale oder europaweite Finanztransaktionssteuer würde den Druck auf die Haushalte, der durch die Bankenrettungsprogramme entstanden ist, verringern.

Währungsspekulation beenden!

China, Russland und Frankreich haben vor dem Gipfel gefordert, die Dominanz des Dollars als Leitwährung aufzubrechen. Der DGB schlägt dazu ein anpassungsfähiges Wechselkurssystem zwischen den wichtigsten Leit- und Anlagewährungen vor. Nur ein stabiler Wechselkurskorridor zwischen dem Yuan, dem US-Dollar und dem Euro würde dem internationalen Währungssystem größtmögliche monetäre Stabilität bringen und eine wesentliche Quelle für Spekulation austrocknen. Heiner Flassbeck von der UNCTAD hat hierzu Vorschläge vorgelegt, die UN ist nicht zuletzt deshalb der richtige Ort um die Fragen einer neuen stabilen Weltwährungsordnung anzugehen.

Überschussländer an die Kandare:

Vorrang für Arbeitsplätze und Umwelt!

Der IWF ist weltweit wieder zur alten Strukturanpassungspolitik und damit harten Einschnitten bei sozial Benachteiligten zurückgekehrt. Dieser von der Bundesregierung unterstützte Kurs muss gestoppt werden. Das Problem der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte muss weltweit, wie auch innerhalb der Eurozone entschärft werden.

Mit Obama fordern wir eine internationale Koordination von Konjunkturprogrammen, die sich auf nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze konzentrieren. Exportüberschussländer wie Deutschland müssen ihren Binnenmarkt stärken und dadurch auch europäisch und international ihren Überschuss abbauen. Deshalb ist die Forderung nach einem Konjunkturprogramm von 50 Mrd. Euro aktueller denn je: 50 Mrd. für Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und ein Fonds von 25 Mrd. für die sozial ökologische Erneuerung der Industrie. Auf europäischer und auf internationaler Ebene brauchen wir einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, der Regierungen bei mehrjährigen Außenhandelsüberschüssen verpflichtet, diese abzubauen.

**LINKE
ALTERNATIVEN**